

Baustelle Kindergrundsicherung

Soziales Wie viel Geld darf das große Reformprojekt kosten? Darin sind sich besonders Grüne und FDP uneinig. Die SPD hält sich in der Auseinandersetzung weitgehend zurück. *Von Michael Gabel*

Die Grünen haben beim Thema Grundsicherung den Druck auf die SPD erhöht. „Schöne Plakate und Papiere reichen nicht. Jetzt ist auch für die SPD der Moment zu zeigen, dass es ihr ernst ist mit einer Politik für unsere Kinder“, sagte der Grünen-Fraktionsvize im Bundestag, Andreas Audretsch, dieser Zeitung. Antworten auf die wichtigsten Fragen.

Die Ampel streitet über die Kindergrundsicherung. Worum geht es?

Eine Grundsicherung wollen alle drei Parteien, gestritten wird vor allem ums Geld. „Mindestens zwölf Milliarden Euro pro Jahr“ fordert Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) für die Reform – zusätzlich zum bereits jetzt gezahlten Kindergeld. Bei der FDP verweist man dagegen auf die jüngste Erhöhung des Kindergelds auf 250 Euro pro Monat und Kind sowie auf die Erhöhung des Kinderzuschlags für Geringverdiener. Mehr sei zwar „immer wünschenswert, aber nicht immer möglich“, betonte FDP-Chef und Finanzminister Christian Lindner – die Koalition habe für Familien pro Jahr bereits sieben Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt.

In der Union sieht man die Grünen-Forderung kritisch. Auch in der Familienpolitik müssten staatliche Leistungen auf ihre Wirksamkeit überprüft werden, machte der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Thorsten Frei, deutlich. Ministerin Paus handele beim Geld aber nach dem Motto: „Viel hilft viel.“

Die SPD hält sich bei der Auseinandersetzung auffallend zurück. Gibt es dafür eine Erklärung?

SPD-Strategie ist es offenbar, sich auch bei diesem Thema zunächst nicht in den Streit zwischen den beiden kleineren Ampel-Partnern hineinziehen zu lassen. SPD-Chefin Saskia Esken sagte auf Anfrage, sie sei über die „Wünschenswert“-Aussage Lindners „ein wenig verwundert“. Auf eine Größenordnung zur Finanzierung der Kindergrundsicherung will sie sich aber nicht festlegen lassen. Die SPD stehe zur Kinder-



Mehr Geld fürs Kind? Die Ampel-Partner ringen um die Finanzierung der Kindergrundsicherung.

Foto: Sebastian Kahnert/dpa

grundsicherung und werde „dafür sorgen, dass im Haushalt die notwendigen Mittel bereitgestellt werden“, lautete ihre Auskunft.

Wofür ist das von Paus geforderte Geld vorgesehen?

Das ist noch unklar. Die Ministerin hat ihre Forderung nach „mindestens zwölf Milliarden Euro“ bisher noch nicht mit genaueren Angaben unteretzt. Im Ministerium heißt es, man brauche einen finanziellen Rahmen, um zu planen. Die Kritiker hingegen argumentieren, dass man erst planen müsse, um dann die Kosten abzuschätzen.

Drängt die Zeit?

Eigentlich nicht. Derzeit wird der Etat für 2024 vorbereitet. Dort müssten aber nach Auskunft eines Sprechers des Familienministeriums gerade einmal drei Millionen Euro eingeplant werden – unter anderem für die Vorbereitung der digitalisierten Auszahlung und der Da-

tenerfassung. Die eigentliche Kindergrundsicherung kommt frühestens Anfang 2025. Parallel zu den Haushaltsgesprächen läuft aber auch der Abstimmungsprozess zur mittelfristigen Finanzplanung bis 2027. Dort möchten die Grünen ihre Milliarden-Forderung für die Jahre ab 2025 unbedingt unterbringen.

Familienleistungen aus einer Hand

Die von Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) geplante Kindergrundsicherung soll aus zwei Teilen bestehen: zum einen aus einem Garantiebetrag, der unabhängig vom Einkommen der Eltern und für jedes Kind in gleicher Höhe ausgezahlt werden soll. Zum anderen

soll die künftige Grundsicherung einen altersgestaffelten Zusatzbeitrag beinhalten – bei diesem fließt die Höhe des Einkommens ein.

Eingerechnet werden

sollen neben dem Kindergeld auch Leistungen wie steuerliche Kinderfreibeträge, Leistungen

Was ist mit der Reform beabsichtigt?

In einem Punkt sind sich der Grüne Audretsch und die SPD-Politikerin Esken sogar mit der FDP einig: Die Kindergrundsicherung soll helfen, das schwer zu durchdringende Dickicht an Familienleistungen wie Kindergeld, Kinderzuschlag sowie Bildungs- und Teilhabepaket zu durchdrin-

gen. Die Leistungen sollen zusammengefasst und automatisch ausgezahlt werden. Für Kinder aus ärmeren Familien soll es zusätzlich zum Garantiebetrag von 250 Euro – das jetzige Kindergeld – je nach Bedürftigkeit noch einen Zusatzbetrag geben. Ein Hauptziel der Reform ist es, dass die Sozialleistungen für Geringverdiener künftig möglichst allen zugutekommen, denen sie zustehen. Den derzeitigen, kompliziert zu beantragenden Kinderzuschlag etwa bekommen nur etwa 30 Prozent der Anspruchsberechtigten.

Warum ist die Vorbereitung der Reform so kompliziert? Weil die aktuell vorhandenen Familienleistungen in den Tätigkeitsbereich von fünf Ministerien fallen. Eine interministerielle Arbeitsgruppe ist derzeit dabei, die technischen Voraussetzungen zu klären, um das Projekt voranzubringen.